

Präsidium, Personal und Organisation

**ÖROK –
Österreichische Raumordnungskonferenz**

Altes Rathaus, Hauptplatz 1, 4041 Linz

Telefon +43 (732) 7070-1127

Fax +43 (732) 7070-541127

staedtebund@mag.linz.at

www.staedtebund.gv.at

DVR 0656097 | ZVR 776697963

Unser Zeichen:

0036769/2012 PPO Verf./StB

bearbeitet von:

Mag. Susanne Heidelinde Walcher / +43 (732) 7070-1127

elektronisch erreichbar:

susanne.walcher@mag.linz.at

Linz, 05.09.2012

STRAT.AT 2020 –

**1. öffentliches Konsultationsverfahren zum ExpertInnenpapier
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Landesgruppe Oberösterreich des Österreichischen Städtebundes gibt zum ExpertInnenpapier STRAT.AT 2020 folgende Stellungnahme ab:

KMU-Förderung

Seite 39 – hier entsteht der Eindruck, KMU-Förderung fände nur auf Bundes- und Länder-ebene statt. Wir ersuchen daher um folgende Ergänzung:

Auf der untersten regionalen Ebene setzen Städte und Gemeinden KMU-relevante Maßnahmen und wirken direkt durch eine Politik der aktiven Betriebsansiedelung und die Förderung der lokalen und regionalen Wirtschaft.

Klimapolitik

Seite 42)

Ad „Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele“, „Soft Measures“ ersuchen wir um folgende Ergänzung: *Anreizpolitik durch gezielte Förderungen (Wohnbauförderung, Althausanierung etc.)*

Seite 44)

Bei „Anpassungsstrategie Österreichs – Leitziele“ ersuchen wir um Aufnahme folgender Ergänzung:

Regionale Entwicklung: Reduktion des Verkehrs durch Stärkung der regionalen Wirtschaft (Schaffung von Arbeitsplätzen, Reduktion der PendlerInnen, Autarkie in der Produktion, Verminderung von Transeuropa-Transporten von Gütern)

Seite 45)

Ad „Darstellung der aktuellen strukturellen Herausforderungen“, ersuchen wir um folgende Ergänzung: *Auswirkungen von Ballungsgebieten auf das lokale Klima (Erwärmung versiegelter Flächen) – Strategien für klimafreundliche Stadtplanung (siehe auch Seite 52 – in „Ziele“ aufnehmen)*

Seite 52)

Ad „Ziele der Verkehrspolitik“: Wir ersuchen, folgende Argumente in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen:

- 1) Das Ziel, leistungsfähige Verkehrsverbindungen zur Reduktion von Transportkosten und Intensivierung des Überregionalen Handels zu schaffen (Stichwort „Arbeitsteilung“, „Konzentration auf Bereiche mit Kostenvorteilen und komparativen Vorteilen“) ist kontraproduktiv, dies fördert nur das Verkehrsaufkommen, schädigt das Klima, versiegelt die Landschaften und unterbindet die wirtschaftliche Autarkie der Regionen.
- 2) Diese „Arbeitsteilung“ bringt Wohlfahrtsgewinne für einzelne Regionen, gleichzeitig massive Einbußen für andere Gebiete und schädigt das Klima durch lange Transportwege. (Siehe auch Seite 54: Zunahme des Güterverkehrsvolumens bis 2050 um 80% gegenüber 2005 – eine Folge der „Arbeitsteilung“?)
- 3) Die Förderung des überregionalen Handels inklusive Ausbau der Verkehrsnetze steht im Widerspruch zu einer Förderung der KMU und zur verlangten Reduktion des CO₂-Ausstoßes.



Beschäftigung

Seite 61)

Ad „Erhöhung und Verbesserung des Erwerbspotentials“ ersuchen wir um folgende Ergänzung: - *MigrantInnen, Nutzung des interkulturellen Potentials, Diversity Management*

Seite 63) beim „expliziten Verweis auf den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen“ ersuchen wir, folgende Argumente mit einzubeziehen:

Der geforderte Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Steigerung der Frauenbeschäftigung führt zu massiven Kostensteigerungen für Kommunen, besonders hinsichtlich gleichzeitiger Qualitätssteigerung durch Verringerung der Gruppenkinderhöchstzahl etc. Nachdem hier die Verwirklichung des Ziels Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen im Fokus steht, ist auch eine Bereitstellung von EU-Mitteln für den verlangten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen anzudenken.

Bildung

Seite 71) Bei der geplanten Steigerung der AkademikerInnenquote ersuchen wir, folgende Überlegung mit einzubeziehen:

Eine Erhöhung der AkademikerInnenquote auf 38% setzt eine adäquate Schaffung von AkademikerInnen-Arbeitsplätzen mit entsprechender Entlohnung voraus. Im öffentlichen Dienst ist dies angesichts der allgemein angespannten Budgetsituation und der Notwendigkeit von Dienstposteneinsparungen unfinanzierbar.

Mit freundlichen Grüßen
Der Leiter der Geschäftsstelle (i.V.)

Mag. Günther Zeirzer
(Dienststellenleiter i.V.)

(elektronisch beurkundet)

ergeht auch an den:

Österreichischen Städtebund



@ AMTSSIGNATUR
Landeshauptstadt Linz

Dieses Dokument wurde amtssigniert.

Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur und des
Ausdrucks finden Sie unter: <http://www.linz.at/amtssignatur>